

# Kundgebung zum Antikriegstag 2022



## Ukraine-Krieg beenden – Waffenstillstand sofort!

Am 1. September 1939 überfiel Nazideutschland Polen. Das war, vor nunmehr 83 Jahren, der Beginn des Zweiten Weltkriegs in Europa. Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg! Unter dieser Losung demonstriert seit Jahrzehnten die Friedensbewegung jedes Jahr am 1. September.

In diesem Jahr steht die Friedensbewegung vor einer besonderen Herausforderung: Es ist wieder Krieg in Europa. Russland hat die Ukraine überfallen. Jeden Tag sterben Menschen in der Ukraine, jeden Tag fliehen Menschen vor dem Krieg, jeden Tag versuchen junge Männer, sich dem Tod und dem Töten durch Desertion zu entziehen. Die Gefahr eines – atomar geführten – Dritten Weltkriegs ist real. Und was macht „unsere“ Regierung? Sie liefert Waffen ins Kriegsgebiet und gießt dadurch Öl ins Feuer, anstatt energisch auf sofortigen Waffenstillstand und ein Ende des Mordens zu drängen. Und sie hat einen 100-Milliarden-Kriegskredit durchs Parlament gebracht, Geld, das jetzt für Soziales, für sozialen Wohnungsbau, fürs Gesundheitswesen, für die Renten, für Bildung und für Umweltschutz fehlt. Die Rüstungsindustrie dagegen steigert ihre Profite gewaltig. Wir wenden uns nicht zuletzt auch gegen die verfehlte Sanktionspolitik, die bereits jetzt zu explodierenden Energiepreisen führte und große Teile der Bevölkerung verarmen lassen wird – und deren ausdrückliches Ziel es ist, Russland zu ruinieren. Ein Skandal: 83 Jahre nach Beginn des Zweiten Weltkriegs will wieder eine deutsche Regierung ein anderes Land, und noch dazu ausgerechnet die Atommacht Russland, in die Knie zwingen!

### **Aufruf zur Antikriegskundgebung: Donnerstag, 1. September 2022, 16:30 Uhr Tübingen, Holzmarkt**

- Keine Waffenlieferungen an die Ukraine!
- Waffenstillstand sofort! Verhandlungen!
- Keinen 100-Milliarden-Kriegskredit!
- Sofortige und wirksame materielle Unterstützung aller derjenigen, die unter Inflation und horrenden (Energie-)Preisen leiden! Niemand soll im nächsten Winter hungern und frieren müssen!
- Keine Abwälzung der Krisen- und Kriegslasten auf die Bevölkerung!